

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattpreis.

Einzelhefte: 10 Pf. — in den Ausgaben: 10 Pf. —, durch die Träger ins Haus gebracht 11 Pf. — monatlich. — Bezugsbedingungen nehmen an: der Verlag, die Druckerei, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Streiks, Störungen oder Streiks haben die Träger keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Vertrieb:

Tagblattpreis: 10 Pf. — 53.

Don 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags. Postfach: 10. Nr. 7406.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Büchergasse 12, Fernsprecher: Amt Marienplatz 15300.

Donnerstag, 7. September 1922.

Abend-Ausgabe.

Nr. 417. + 70. Jahrgang.

Die Völkervereinigung.

W.T.B. Genf, 6. Sept. Nach zwei sehr langweiligen und enttäuschenden Verhandlungstagen erlebte die Völkervereinigung heute dank des Eingreifens Lord Roberts Cecil in der Generaldebatte über den Völkervereinigungstext einen neuen Aufschwung. Lord Robert Cecil, dessen Eingreifen in der Verhandlung mit Beifallstundgebungen begrüßt wurde, berührte in seiner langen Rede, die oft den Eindruck einer parlamentarischen Interpellation an den Völkervereinigung machte, alle gegenwärtig schwebenden großen internationalen Fragen, und zwar nicht nur, so weit sie in den bisherigen Antisprech des Völkervereinigung hineingehen, sondern auch nach seiner Ansicht hineingehen müßten. Mit der Gesamtdiskussion, die Lord Robert Cecil kennzeichnet, rühmte er bei fast jedem der angesprochenen Themen die Tätigkeit des Völkervereinigung, um dann aber um so energischer und nachdrücklicher auf die zahlreichen Mängel hinzuweisen. Großen Eindruck, aber mehr auf die Tribünenbesucher als auf die Delegierten, machte es, als Lord Robert Cecil dem Völkervereinigung vorwarf, nicht im Sinne des Völkervereinigung zu handeln, vor allem der Artikel 4 und 11, die ihm vorzulesen, der tragend welcher der große Verantwortung liege, die der Völkervereinigung dem hungernden Rußland gegenüber im letzten Jahre auf sich nahm, als er die damals notwendigen Schritte nicht zu ergreifen wagte. Den Höhepunkt erreichte die Rede, als Lord Robert Cecil, wenn auch vorsichtig, so doch mit großem Ernst das österreichische und deutsche Wirtschaftsproblem ansprach und den Völkervereinigung vor den schweren Folgen warnte, die hier entstehen müßten, falls die Welt untätig bleibe.

Lord Robert Cecil's Rede fand starken Beifall, vor allem bei dem endlich sprechenden Teile der Versammlung. Einige besonders markante Sätze, in denen er namentlich vor der Unmöglichkeit des Völkervereinigung sprach, wurden bei seinem erglänzenden Vortrag durch Beifallstundgebungen unterbrochen.

Lord Robert Cecil's große Rede.

W.T.B. Genf, 6. Sept. Die heutige große politische Rede Lord Robert Cecil's hatte folgenden Inhalt:

Lord Robert Cecil rühmte zunächst die bewundernswürdige Arbeit des Völkervereinigung, wie sie in dem Völkervereinigungstext niedergelegt ist, bemängelte aber, daß viele kleine Details zu sehr hervortreten und forderte auch im Interesse der öffentlichen Meinung ein stärkeres Herausarbeiten der großen Linien der Arbeitsmethode des Völkervereinigung. Unter keinen Umständen sei besonders die bedeutende Leistung des Völkervereinigung des Völkervereinigungstextes hervorzuheben, ebenso die Lösung der obersten Aufgabe.

„Ich will nicht“, so sagte Lord Robert Cecil, „in die Frage selbst eintreten. Die vom Völkervereinigung vorgeschlagene Lösung ist kritisiert worden. Sie hat zahlreiche Anklagen gefunden, aber ich gestatte mir, daß die Art zu bewundern, die dank der Mitarbeit der deutschen und polnischen Vertreter unter der Leitung der Völkervereinigung in der letzten Session das schwierige Abkommen erreicht hat. Auch die sachliche Atmosphäre von Genf hat zu der Lösung einer der schwierigsten Fragen, die dem Völkervereinigung übertragen worden sind, beigetragen.“

Lord Robert Cecil sprach hierauf seine Befriedigung über die Lösung der den Völkervereinigung übertragenen Fragen aus. Er wies darauf hin, daß früher die Balkanfrage in der Völkervereinigung die gefährlichsten für den europäischen Frieden waren. Wer hätte nach 20 Jahren geglaubt, daß derartige Konflikte friedlich durch eine Völkervereinigung gelöst werden könnten?

Vor großer Bedeutung für die Völkervereinigungstätigkeit seien auch:

die Verwaltungsangelegenheiten im Saargebiet und in Danzig. „Im Saargebiet“, so führte er aus, befindet sich eine Regierungskommission, die sich aus fünf Mitgliedern zusammensetzt von denen eines die Interessen der Bewohner des Saarlandes vertritt. Ich will nichts über die Verhältnisse sagen, aber ich frage mich, ob es nicht wünschenswert gewesen wäre, daß der Völkervereinigung erst nach Beendigung des im Saargebiet bestehenden Landesrats gebildet hätte, und ich frage mich ebenfalls, ob nicht für den Völkervereinigung der Moment gekommen ist, mit diesen Verwaltungsorganen eine Zusammenarbeit zu verrichten und mit ihm das saarländische Amt zu ernennen. Außerdem muß man aber die einzelnen Schwierigkeiten erkennen, die der Völkervereinigung in der Saarfrage erwachsen. Was Danzig angeht, wird der Völkervereinigung auf tun, sich die Zweckmäßigkeit eines neuen Komitees zu überlegen, das sich mit der Schwierigkeiten der Danziger Angelegenheit zu befassen hätte.“

Ein kurzer Überblick über die technischen Organisationen, vor allem die hundertförmigen des Völkervereinigung, führte den Redner zu einigen Ausführungen über die Epidemienkonferenz von Paris. „Auf dieser Konferenz“, so erklärte er, waren nicht nur die Völkervereinigung, sondern auch Vertreter Deutschlands und Rußlands zugegen, und das gab uns einen Voranschau, was einst der Völkervereinigung leisten könnte, wenn er wirklich alle Völkervereinigung vereinigten und über die Welt alle dieser Länder wachen würde.“

Nach einer mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Anerkennung des Völkervereinigungstextes für die Kriegsverhandlungen und die russischen Flüchtlinge trat Cecil in die eigentliche

Kritik der Tätigkeit des Völkervereinigung

ein, indem er die Frage aufwarf, ob der Völkervereinigung tatsächlich vollkommen das Ziel verwirklichte, für das er geschaffen worden sei. Artikel 4 des Völkervereinigungstextes, daß die Versammlung für alle Fragen, die den Weltfrieden gefährden, zuständig sei. Der Artikel 11 verleihe jedem Völkervereinigungsmittels das Recht, Rat oder Vermittlung auf alle Völkervereinigungsaufgaben zu machen, die den Frieden oder das gute Einverständnis unter den Völkervereinigung gefährden könnten. Lord Robert Cecil glaubt nicht, daß der Völkervereinigung dieser seiner Aufgabe gerecht geworden ist. Ein Beispiel dafür sei der griechisch-türkische Krieg. Außerdem hätten internationale Verhandlungen stattgefunden, die so gut wie ergebnislos geblieben seien, ohne daß auf Grund der Art. 4

und 11 der Völkervereinigung sich an ihnen beteiligt hätte. Von besonderer Tragweite sei in diesem Zusammenhang die russische Frage, über die in Genf, Brüssel und im Haag beraten worden sei, ohne daß ein besonderer sachlicher Erfolg erzielt worden wäre. Lord Robert Cecil bedauerte lebhaft, daß der Völkervereinigung im vergangenen Jahre nicht energischer und entscheidender eingegriffen habe, als vor ihm die Frage der russischen Hungersnot zur Beratung gestanden hat. „Wenn damals“, so erklärte Cecil mit erhobener Stimme, „der Völkervereinigung entschiedener und kraftvoller eingegriffen hätte, wäre das furchtbare Grauen, das über Rußland hereingebrochen ist, gemindert worden. Damit wäre auch der Wiederaufbau der Beziehungen mit Rußland, die für geöffnet worden, ohne daß politische und wirtschaftliche Fragen das Einverständnis und die Regelung gestört hätten. Zweifelslos kann der Völkervereinigung jetzt nicht mehr viel tun und wird sich mit der Untersuchung der russischen Verhältnisse, die der Rat angeordnet hat, begnügen müssen. Aber wenn wir“, so erklärte Lord Robert Cecil nochmals feierlich, „im letzten Jahre unsere Pflicht besser erfüllt hätten, hätten wir dem Geiste der Art. 4 und 11 Genüge getan.“

„Von größter Bedeutung ist auch das österreichische Problem, von einer Bedeutung, die nicht unterschätzt werden kann. Ich bedauere es, daß der Völkervereinigung sich mit dieser wichtigen Frage nicht aus eigener Initiative beschäftigt, sondern auf Grund eines Beschlusses der Londoner Konferenz.“

Darauf schritt Lord Robert Cecil unter wachsender Aufmerksamkeit der Versammlung das europäische Wirtschaftsproblem

und die Wirtschaftskrise an. Er erklärte wörtlich: „Ich möchte noch einige Worte über die Wirtschaftskrise, die gegenwärtig Europa bedroht, sagen. Sie ist ohne Zweifel von größter Tragweite. Es ist vielleicht die wichtigste und dringlichste Frage seit dem Waffensstillstand. Sie ist außerordentlich ernst und tiefgehend. Sachverständige beobachten, daß die Art, wie sie sich äußert, nämlich im Sturz der Welt, wohl dazu führen könnte, daß es nur noch eine Frage von Monaten ist, bis sich Deutschland in derselben Lage befindet wie Österreich. Um diese Frage zu gründen, die ebenso wichtig ist, die Reparationsfrage und die Frage der interalliierten Schulden, die gegenwärtig die Welt bewegen. Da muß man sich fragen, ob dieser Zustand fortauern darf und ob wir es aushalten können, daß die internationale Atmosphäre verfinstert. Drei Jahre lang ist dem Friedensschlusse vorgesprochen. Sind wir seitdem einer endgültigen Regelung viel näher gekommen? In einer Rede eines bedeutenden Mannes, des schweizerischen Bundesrats Schulthess, heißt es, daß diese Fragen nicht eine oder zwei Nationen beschäftigen dürfen. Ich unterliege dieser Feststellung. So lange diese Krise andauert, interessiert sie nicht nur die eine oder die andere Nation, nicht nur die Nationen Europas, sondern alle Völkervereinigung der Welt. Der Völkervereinigung muß an ihrer Regelung teilnehmen. Sie beschließt nicht, eine Lösung dieser verwickelten Fragen vorzuschlagen, die so schwierig und so heikel sind, daß sie die tüchtigsten Geister Europas verwirren. Es wäre vorlaut von mir, wenn ich versuchen würde, sie hier zu lösen. Aber ich bitte den Völkervereinigung, daß er diese Probleme aufmerksam prüfen möge, so daß er, bevor er auseinandergeht, irgend etwas erzielt hat. Denn wenn wir hier nichts erreichen könnten, würden wir die größte Enttäuschung bevorzugen und alle Länder der Welt würden an dieser Enttäuschung teilnehmen.“

Lord Robert Cecil trat hierauf in eine kurze Vorrede des

Abkühlungsproblems

ein, das vor verschiedenen Organisationen des Völkervereinigung zur Verhandlung steht. Er meinte, daß, wenn die vorgeschlagene Lösung auch nicht zu einer tatsächlichen Verabreichung der Rüstungen führen würde, sie doch wenigstens der einschlägigen Besatzung dienen könnte. Ein größtes Hindernis für die Lösung der Abkühlungsfrage bezeichnete er die gegenwärtige Verfassung des internationalen Geistes. Im Anschluß daran meinte Cecil, daß die Aufrührung des französischen Defizitens Probleme auf der letztjährigen Versammlung erinnern, der die moralische Abkühlung gefordert hätte. Diese Abkühlung“, so fuhr Cecil fort, „ist noch nicht erreicht, und das ist einfach eine Folge des gegenwärtigen wirtschaftlichen Durcheinanders.“

Damit leitete Lord Robert Cecil nochmals zu einer kurzen eindringlichen Rede über den gegenwärtigen Wirtschaftskrise über. Diese Wirtschaftskrise vergrößert alle Wege. Ich verkenne nicht die entgegengesetzten Schwierigkeiten. Man wendet oft ein, daß es sich hier um Kriegsfragen handle und daß die Folgen des Krieges sind, vom Völkervereinigung, der für Friedensprobleme gegründet sei, nicht erörtert werden könnten. Das mag vielleicht richtig sein.

Aber alle diese Fragen gehen eben auf den Krieg zurück!

Da kann man keine Grenzen ziehen zwischen diesen und solchen, die zum Bereiche des Völkervereinigung gehören. Nach meiner Ansicht muß der Völkervereinigung alle Fragen, ob sie aus dem Kriege stammen oder nicht, ansprechen. Ebenso hielt Cecil den Einwand für hinfällig, daß der Völkervereinigung gewisse Probleme nicht behandeln dürfe, weil sie anderen Körperlichkeiten unterliegen. Ich protestiere gegen eine solche Auflassung“, sagte er. „Wir befinden uns gegenwärtig in einer Übergangsperiode. Wenn der Völkervereinigung etwas erreichen will, so muß er alles sein oder nichts! Er darf sich nicht nur mit untergeordneten Fragen befassen. Wir müssen hier das Streben der Völkervereinigung, wie es in dem Völkervereinigungstext niedergelegt ist, verwirklichen. Früher oder später müssen wir alle Verantwortung, die uns aus dem Völkervereinigungstext auf uns nehmen!“ Lord Robert Cecil erinnerte an das Wort Dantons: „Rühmlichkeit und nochmals Rühmlichkeit!“ Wir dürfen nicht mehr vorsichtig sein, sondern müssen handeln und die Initiative ergreifen. sonst werden wir nichts erreichen!“

Eine Reparationskonferenz noch vor dem 1. November.

W.T.B. London, 6. Sept. Dem politischen Berichterstatter des „Evening Standard“ zufolge verlautet, daß eine interalliierte Konferenz über die Gesamtfrage der Reparationen und der interalliierten Schulden zu einem Zeitpunkt vor dem 1. November vereinbart ist.

Der Volkswirtschaftsausschuß des Reichstags zur Wirtschaftslage.

Br. Berlin, 7. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Volkswirtschaftsminister Schmidt gab am Mittwoch im Volkswirtschaftsausschuß des Reichstages einen Bericht über die gesamte wirtschaftliche Lage des Reiches. Alle Erscheinungen der fortwährenden Steigerung der Lebenshaltung fanden natürlich im Zusammenhang mit der Marktentwertung. Die Lösung der Krise sei daher letzten Endes ein Währungs- und Finanzproblem. In diesem Zusammenhang beabsichtige sich der Finanzminister einsehend mit den Erscheinungen auf dem Devisenmarkt und den Vorschlägen zu ihrer Behebung. Ein allgemeines Verbot, in fremder Währung zu fakturieren, würde ein Schlag ins Wasser sein. Der Vorschlag, die Kreise, die kein beabsichtigtes Bedürfnis für den Devisenhandel haben, von demselben fernzuhalten, sei zu prüfen. Für die Ausschaltung der Spekulation sei endlich der Vorschlag gemacht worden, kurzfristige Schwanenwechsel unter Anlehnung an Devisen und Fundierte im Börsenhandel einzuführen. Eine restlose Lösung wurde die Durchführung dieses Vorschlags nicht bringen, aber es ginge nicht an, weiter untätig zuzusehen. Der Minister ging dann auf einzelne besonders große Preissteigerungen ein, u. a. auf die Erhöhung der Garbpreise. Diese seien derart, daß zu erwägen sei, ob nicht gegen die Garbabranchen Anträge wegen Rückerstattung zu erheben sei. Ferner behandelte der Minister die Steigerung des Preises für Zeitungsdrahtpapier. Der Kilogrammpreis werde von 24 auf etwa 34 Mark erhöht werden. Ein großer Teil der Zeitungen würde dann nicht mehr erscheinen können. Schon heute hätten viele Schichten aus Bürger- und Arbeiterkreisen die Zeitungen abbestellt. Die Lage wird noch dadurch verschärft, daß die Papierfabrikanten ihre Zahlungsbedingungen wesentlich verschärft hätten. Angesichts dieser Risiken, die dem Reich die Frage auf, ob das Ministerium nicht vor der Beibehaltung des Gebrauchs machen und im Interesse der Presse bezüglich des Zeitungspapiers zur Zwangsmaßnahme zurückgehen sollte. Auch die Verleger hätten sich sehr dringend für Höchstpreise ausgesprochen. Der Minister habe jetzt wenigstens seinen anderen Ausweg als ein Zwangsmonopol. Die eigentlichen Ursachen für die Papiersteigerung seien die unheimlichen Holzpreise, hier müsse vor allem eingegriffen werden. Wenn es nicht anders wäre, käme es bei uns dahin, daß nur noch einige große finanziell gut ausgestattete Konzerne Zeitungen herausgeben könnten. Er werde, wenn diese für das Zeitungsgewerbe tödliche Preissteigerung nicht auf andere Weise abgemindert werde, die gesetzlichen Bestimmungen in Anwendung bringen, die eine Nachprüfung der Preise und Festsetzung von Höchstpreisen vorsehe und das würde letzten Endes zur Bildung von Zwangsmonopolen führen. Aus den weiteren Ausführungen des Ministers ist zu ersehen, daß es nicht beabsichtigt ist, die Einfuhr von Tabak vollständig zu verbieten. Der Minister wandte sich schließlich dem Außenhandel zu und verwies auf die erdrückend gestiegenen Anschaffungskosten. So ist zum Beispiel in der ersten Hälfte des Jahres allein an Kohlen und Zement für 4 Milliarden eingeführt worden.

In der Nachmittags-Sitzung sprach Oberfinanzrat Frommer vom Reichsfinanzministerium. Er meinte, das Reichsfinanzministerium beabsichtige sich fortgesetzt mit der Frage, wie eine Währungsreform durchzuführen sei. Voraussetzung für eine Währungsreform sei die Stabilisierung der Mark und des Länges wiederum von der altigen Gestaltung der Zahlungsbilanz ab, die ihrerseits die Schaffung einer altigen Zahlungsbilanz zur Steigerung der Produktion und zur Steigerung der Ausfuhr zur Voraussetzung habe.

Abg. Dittmann (U. S. D.) erläuterte die Vorschläge der Gewerkschaften zur Bekämpfung der allgemeinen Teuerung. Redner empfahl der Regierung rücksichtslos den Kampf gegen alle Inflationen und Schleimereien zu führen, besonders Schleimereien aller hier verhandelten Gattungen, Veranlagungsloste, Vorstufen und Tandemien.

Abg. Schiele (Dsh.) meinte, Mittel, die zur Erdrückung der Einfuhr von Tabak, Kaffee und anderen Genussmitteln führten, seien zwar ein Volkswirtschaftsproblem, trügen aber nicht den Kern der Frage. Die Landwirtschaft müsse in ihrer Produktion erhöht werden, das gebore ein auskömmlicher, der Lage Rechnung tragender Preis für Umlagegetreide. Er brachte einen Antrag ein, der den völlig veränderten Wirtschaftswirtschaftlichen Rechnung trägt und einen neuen Preis für das erste Drittel der Umlage fordert.

Abg. Dr. Gertz (Unabh.) stellte nunmehr den Antrag, in dem die sofortige Durchföhrung folgender Maßnahmen gefordert wird: 1. Restriktion von Vorräten für Holz, Holzstoffe, Zellstoffe und Druckpapier, Zusammenbruch dieser Produkte zur Restriktion von Einheitspreisen. 2. Ertragsfähige Zahlungsbedingungen und Kreditbedingungen für die Preise. 3. Sicherstellung der zur Papierherstellung notwendigen Rohstoffe sowie des Druckpapiers. Dieser Antrag wurde auch von den Mehrheitsabgeordneten unterstützt.

Abg. Gerstenberg (Bayer. D.) stellte folgenden Antrag: Die Regierung möge wenigstens auf ein erstes Jahr ein Verbot aller Ruderhändler einverleiben. 2. Ansehung der ausfuhrfähigen Kartoffelernte einen Zuktus von 15 Prozent Kartoffel zur Brotbereitung anordnen. 3. Den Verkauf von Weibrot nur an Kranke zu gestatten. 4. Das Reich zu eruchen, daß der Depotswang aufgehoben wird.

Reichswirtschaftsminister Schmidt hob hervor, daß bei der Tabaksteuer lediglich bewacht worden sei, eine Übergangszeitung zu schaffen. Alle Verordnungen, die wegen des Tabaks erlassen worden seien, bezöckten keine dauernde Sperrung der Einfuhr. In übrigen würde in etwa 14 Tagen die Erhöhung der Zölle eingetreten sein, welche dann zur Aufhebung der Sperre führen werde. Die jetzige Maßnahme beschränke in erster Linie eine Drosselung der Spekulation.

Reichsfinanzminister Fehr bestritt die in der Diskussion wiederholt hervorgehobene Notwendigkeit, daß die Landwirtschaftlichen Betriebe und in der Zwangswirtschaft rednerisch wirtschaftlich gestärkt werden müßten. Es sei selbstverständlich, daß keine, wie auch immer geartete Zwangswirtschaft dem Gedanken der Produktionserhöhung

dienlich ist, wenn die Breite nicht angemessen ist. Eine Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide ist vielfach aus formellen Gründen jetzt nicht mehr angebracht, dagegen ist eine Erhöhung für das 2. und 3. Drittel anzuerkennen. Daß die Landwirtschaft die vorgeschriebene Mengenaufbringung könne, sei außer allem Zweifel, sonst müßten wir ja nicht mehr soviel produzieren, wie vor dem Kriege.

Herr v. Raht über die wirtschaftliche Lage.

W. T. B. München, 6. Sept. Regierungspräsident v. Rahr hielt bei der Kreisversammlung des Landwirthschaftlichen Vereins von Oberbayern eine Rede über die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes, in der er, ausgehend von der letzten gewaltigen Teuerungswelle, einen Vergleich zög mit der Entwicklung Oesterreichs und u. a. sagte, er sehe nichts, was uns eine von Oesterreichs Schicksal verschiedene Entwicklung der wirtschaftlichen Lage gewähre, er sehe aber manches, was uns ein noch schrecklicheres Ende erwarten lasse. Unsere Wirtschaft habe die Tendenz, uns abwärts, statt in die Höhe zu ziehen. Daher dürfe die Wirtschaft nicht unser Schicksal vorschreiben. Wir müßten zurück zur napoleonischen Auffassung der That: die Politik sei unser Schicksal. Das könne aber nur gelingen durch Abkehr von der mechanischen Weltanschauung durch Rückkehr zur ethischen. Auf unsere Lage angewendet, heiße das, es gebe kein Naturgesetz, daß mit jedem Steigen des Dollars die Preise für alle unsere Waren steigen und die Löhne ebenfalls steigen müssen. Wenn wir uns in letzter Stunde vor dem Abgrund retten wollten, müßten wir unsere Mark stabilisieren und keine höheren Produktionskosten mehr. Dies müsse die Lösung sein. Niemand brauche dabei zu Schaden zu kommen. Ob dafür ein Gesetz notwendig sei, könne er nicht entscheiden. Es würde allein auch nicht genügen.

Die Gastwirte protestieren gegen den Schlemmererlaß.

Br. Berlin, 7. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Der Arbeitgeberverband im Gastwirtsgewerbe hat gestern abend in einer Versammlung, zu der alle Berufsvereinigungen Groß-Berlins eingeladen waren, gegen die Regierungsverordnung zur Bekämpfung des übermäßigen Luxus und der Schlemmerei protestiert. In einer Entschlieung, die einstimmig angenommen wurde, droht der Verband, auch nicht vor den äußersten Konsequenzen zurückzuschrecken, so daß die restlose Schließung aller Gaststätten und Hotels in den Bereich der wahrscheinlichen Maßnahmen zu stellen sei.

Die Papiergeldflut.

Br. Berlin, 7. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Einer sozialistischen Korrespondenz wird von der preussischen Finanzverwaltung mitgeteilt, daß in den letzten zehn Tagen für 23 Milliarden Zahlungsmittel gedruckt und in Umlauf gesetzt worden sind. Das sind insgesamt 10 Prozent des gesamten Notenumlaufs Deutschlands. Die Tagesleistung der Reichsdruckerei ist jetzt auf 2,5 Milliarden Papiermark gestiegen und wird im Laufe des Monats auf nahezu 4 Milliarden Papiermark täglich gesetzt, wodurch man die Zahlungsmittelnot endgültig zu beheben hofft.

Abſchluß der deutſch-franzöſiſchen Verhandlungen über
das Ausgleichsverfahren.

Br. Berlin, 7. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Der Abgeordnete der französischen Ausgleichskommission Alphand, der von seiner Regierung zwecks Verhandlungen nach Berlin entsandt war, wird heute nach Paris zurückkehren, nachdem er in den letzten Tagen im Reichsfinanzministerium mehrere Besprechungen über den Stand der Ausgleichszahlungen hatte. Das Material für die Frage der Ausgleichszahlungen ist ihm übergeben worden.

Die Raturallieferungen für das Wiederaufbaugesbiet.

W. T. B. Paris, 8. Sept. Wie der „Temps“ in einer offiziellen Note mitteilt, tritt heute der beratende Ausschuss für die Naturalieferungen im Ministerium für die befreiten Gebiete zusammen. Die Anwendung der Abkommen von Wiesbaden und Berlin entwickelte sich weiter in dem Maße, wie die vom Ministerium für die befreiten Gebiete zugelassenen Spezialbeauftragten in Tätigkeit treten, deren Eingreifen die Beziehungen erleichtert. Heute vormittags im Ministerium für die befreiten Gebiete der erste von der deutschen Regierung zur Regelung einer nach den bestehenden Abmachungen gemachten Bestellung ausgestellte Sched eingegangen.

Kurbans.

Im „Großen Saal“ gab am Mittwoch der hier wohlbekannte und beliebte Kammergesänger Leo Schükendorf — auf dem Weg von Berlin nach Amerika — einen „Arien- und Liederabend“. Durch seine eigenartige, gelegentlich wohl auch eigenwillige Kunstausübung mußte er von neuem vielseitig zu interessieren. Sein Vortrag bezeugt eine ungewöhnliche Gekaltungsstark. Mit großer technischer Kultur, die ihm gestattet, auf seiner Stimme wie auf einem Instrument zu spielen, verbindet der Sänger eine besondere Schärfsinnigkeit, den musikalischen und geistigen Gehalt seiner Ausgabe gleichsam bis auf die letzte Faser auszunutzen; und er bewegt sich in seiner Auffassung mit souveräner Machtvollkommenheit. Grenzen sind da nur durch die Natur seiner Stimme gesetzt: das ariellische Element, das einfach zu Bergen spricht, ist weniger seine Sache; er neigt mehr zu dramatisch-lebendiger Aussprache. Daß dabei manche Akzente von der Bühne in den Konzertsaal hinübergenommen werden, wird man dem vielgeübten Opernsänger zugute halten; er führt uns auch auf dem Konzertpodium gern lyrischen Erlebtes vor. Die Lieder von Franz Schubert waren darauf ihm gewährt. Mit ungeschwächter Macht sang Herr Schükendorf den „Alas“, „Ich umgitterter Alas“, in weichen Linien hielt er den „Blonder“, „Ich komme vom Gebirge her“, mit unbezweifeltem Stimmungsgeber den „Doppelgänger“, der Mund zeigt mir meine eigene Gestalt“. In auferstehender Anknüpfung — auch wie eine Art Selbsterlebens — schloß „Der Gefährte“ mehr in Sprechweise, als in Gesangsweise, als geliebter Bismarck vorüber! Doch in seiner Vielseitigkeit wurde Herr Schükendorf auch weiterhin den Liedern von G. Mahler, namentlich dem baldesten

Die Türken von Smyrna.

D. Rom. 7. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Nach hier eingetroffenen Nachrichten liegen die Türken kaum noch 65 Kilometer von Smirna entfernt. Man rechnet damit, daß die türkische Reiterei noch heute Smirna besetzen wird, da die Griechen keinen Widerstand mehr leisten. Die in Smirna anwesenden Europäer und die Griechen fliehen aus der Stadt. Die alliierten Vertreter haben den griechischen Oberkommandir aufzufordern, dahin zu wirken, daß die zurückfliehenden arabischen Truppen die Stadt nicht berühren, um Unruhen zu vermeiden. Sieben Kisten transportfähige sind im Hafen eintreffend, um die am Teil theilhaftig gewordenen Armeen aufzunehmen. Auf ihrem Rückzug haben die Griechen die Dörfer in Brand gesteckt, wegen der Regierung von Angora protestiert hat. In der Richtung auf Sinora sind die Türken am Pera-Demidli nach angetommen und haben dadurch die im Bezirk von Sevrus gelegene Grenzlinie überschritten. Alalschir ist eingenommen worden.

W. T. B. London, 8 Sept. „Daily News“ schreibt, es stehe eine große Schlacht zwischen den Griechen und Türken in Kleinasien bevor, die über das Schicksal von Smyrna entscheiden werde. Die letzten in London eingetroffenen Berichte brachten, daß die Türken noch immer langsam vorrückten, daß die Griechen sich jedoch von der Demoralisation, die auf den arabischen türkischen Angriff folgte, erholte haben. Die griechischen Truppen hätten neue stark besetzte Linien angenommen. Es sei indessen zweifelhaft, ob sie den Fall Smyrnas verhindern könnten. Breuß hat von den Türken nach einem furchtbaren Batonettangriff genommen worden.

Das Ziel der türkischen Armee.

D. Konstantinopel, 7. Sept. (Eia. Drahtbericht.)
 Mustafa Kemal Pascha hat einen Aufruf an die Armee ge-
 richtet, worin er ihr seinen Dank für die Erfolge dieses
 Jahres ausdrückt und erklärt, daß das Ziel der türkischen
 Armee das ägäische Meer sein müsse.

Siegesfeier in Konstantinopel.

W. T. B. Paris, 4. Sept. Nach einer Sammelmeldung aus Konstantinopel haben die Nachrichten von den türkischen Siegen in Konstantinopel große Begeisterung hervorgerufen. Die Bevölkerung ströme in den Kolonnen zusammen, um für den Sieg der türkischen Waffen zu beten.

Der neue Oberbefehlshaber der griechischen Armee.

Hn. Utzen, 3. Sept. Die Ernennung des Generals Tricoups zum Oberbefehlshaber der Armee in Kleinasien wird allgemein von der öffentlichen Meinung und der Presse günstig aufgenommen. Während des Zeitraumes befehligte der General die griechische Division im Abschnitt von Monastir. Die Regierung hat dem General volle Handelsfreiheit gelassen bei den Verhandlungen in Bezug auf die Bewegungen und die Änderung in der Führung der Eisenbahnen.

Wiesbadener Nachrichten.

— Höchstpreise für Weizen. Mit Rücksicht darauf, daß zurzeit Braunkohlenpreissets in größeren Mengen einlaufen und die Preissetsformen 6 und 7 zur Belieferung stehen, veröffentlicht die Preisprüfstelle bereits heute die neuen ab 1. September geltenden Preise für diesen Getreide, während für die Preisberechnung der übrigen Brennstoffe erst in einigen Tagen die Unterlagen vollständig zur Stelle sein werden. Es ist sehr zu bedauern, daß Weizen, der alljährlich Getreide für den allergrößten Teil der Bevölkerung, gewaltsam — um über 100 Prozent — in die Höhe gehoben werden müßte; gerade bei ihnen ist die stärkste Preiserhöhung seitens des machgebenden Embittats zu erwarten.

— Auf dem heutigen Wochenmarkt stellten sich die Erzeuger bzw. Kleinhandelspreise der hiesiger Anfuhr und Nachfrage wie folgt: Weizenfrucht Erzeugerpreis 2 bis 2.50 M., Kleinhandelspreis 4 M., Roggenfrucht 5 bis 6 M. bzw. 8 M., Weizen 2 bis 3 M. bzw. 4 M., Roggen 2 bis 3 M. bzw. 4 M., Gelbe Rüben 3 bis 4 M. bzw. 6 M., Rote Rüben 4 bis 5 M. bzw. 5 M., Weiße Rüben 4 bis 5 M. bzw. 5 M., Spinat 8 bis 10 M. bzw. 12 bis 15 M., Blumenkohl (hiesiger) 10 bis 12 M. bzw. 12 bis 15 M., Grüne Stangenbohnen 12 bis 15 M. bzw. 18 M., Grüne Buschbohnen 5 bis 6 M. bzw. 10 M., Grüne Erbsen mit Schale 10 bis 15 M. bzw. 15 M., alles per Pfund, Kohlrabi 80 M. bis 2 M. bzw. 2 M., Sellerie 2 bis 6 M. bzw. 3 bis 15 M., Kohlfloret 1 bis 4 M. bzw. 3 bis 5 M., Endiviensalat 2 bis 5 M. bzw. 6 M., Fenchel 4 bis 8 M. bzw. 5 bis 15 M., Rauh 1 bis 2 M. bzw. 3 M., alles per Stück, Einmachgurken 80 bis 120 M. bzw. 160 bis 150 M., das Dutzend Kürbis 1 bis 2 M. bzw. 3 bis 4 M., Tomaten 10 bis 12 M. bzw. 12 bis 15 M., Kartoffeln 4 M. bzw. 4.20 bis 4.50 M., Zwiebeln 12 M. bzw. 10 bis 15 M., Champi 15 M. bzw. 15 bis 18 M., Kochpfel 3 bis 6 M. bzw. 6 bis 8 M., Erbbsen 8 M. bzw. 12 bis 20 M., Kocherbsen 5 M. bzw. 8 M., Zwickeln 5 bis 7 M. bzw. 8 bis 12 M., Reinschrauben 5 bis 7 M. bzw. 8 bis 12 M., Stiefeln 15 bis 25 M. bzw. 20 bis 40 M., Anisföten 15 bis 25 M. bzw. 30 M., Weintrauben 30 bis 50 M. bzw. 50 bis 60 M., Brombeeren 10 bis 12 M. bzw. 13 M., alles per Pfund.

— **Kohlenwäucher.** Ein einträgliger Kohlenwäucher wird von vielen Kleinbühlern mit Hilfe der schnell fliegenden Breche betrieben. Die Böhler haben die Einrichtung der freigegebenen Rengen nach Maßarbeit zu vergrößern. Gewand, behaupten sie, keine Ware zu haben. Sobald aber die Breche wieder erhöht sind, heißen sie auch Kohlen wieder ein. So sind im Jentner 1. in kurzer Zeit 100 M. ge-

„Revelae“, ein bis in alle Einzelheiten des Ausdrucks leim-
püriger Ausdrück. Sein Vortrag der Vrie aus dem „Bar-
bier von Saeed“ von Cornelius — in der abgekürzten Kon-
zertform von C. Schmallick — ist von früher in better Er-
innerung, und „Rotans Abdrück“ aus der Wienerische
„Malkire“, mit großartigem Stimmumfang gesungen, blieb
noch ein Höhepunkt im Reigen der Darbietungen, die mit
überwiegend Beifall aufgenommen wurden. Ein Fehler in
der Anordnung des Konzerts waren die eingelesenen,
ganz überflüssigen Zwischenpausen. In keinem anderen vor-
nehmen Konzertsaal werden solche Vergnügungspausen ge-
macht — warum im Kurial? Doch wenn schon — etwas
mehr Rücksicht leitens eines gewissen Theils des Publikum
wäre zu wünschen. Ein Schlußvortrag ist doch kein Vor-
schluß, wo jeder kommt und geht, wie ihm die Mühe
steht. ... Noch ist des Herrn Cornelius Czarniawski
zu denken: ein vortrefflicher Klavierbegleiter des Sängers
und der sich auch als Solist wieder rühmlich hervortrat. Er
spielte Schuberts „Wanderer-Phantasie“ — ein intrikates
Werk, das seit einem Jahrhundert — es ist nämlich 1822
komponiert — den Klaviervirtuosen allerwegen genau zu
raren ansteht. Schubert, der selbst ein sonst fäthlicher
Pianist war, blieb das erstemal beim Vortrag arbeitsch
stehen und sprang endlich mühsam auf: „Das Zeug soll der
Teufel holen!“ ... Nun, der dazugehörige Teufel steht
in dem Herrn Czarniawski im Leib. Wie der Künstler
mit keiner unglaublich leicht febernden Hand das „Alleno“
voll überlender Energie aufweist, die rauschenden Ton-
wogen des „Bagno“ künftigt und plätscht, das „Scherzo“ so
led auslühler löst und im „Finale“ Wunder an Kraft,
Glanz und Pronour vollbringt; und wie er solche Einzel-
teile sehr charakterisiert und doch harmonisch zum Ganzen
zusammenschließt, das ist alles Virtuosität großen Stils. O. D.

wonnen worden. Die Händler berufen sich darauf, daß sie zwei Monate Zeit zur Lieferung hätten. Der Benachtheiligte der Verbraucher könnte durch die Bestimmung entgangen werden, daß die Kohlen zu dem Preis geliefert und leicht nachgeliefert werden müssen, wie er zur Zeit der Breinabe festgesetzt war.

— Kirchenverfassung. Das Interesse an dem Stand der Kirchenverfassungsfrage scheint erichtlich im Wachsen zu sein. In einer hiesig beachteten Mitgliederversammlung der Freunde evangelischer Freiheit, die von Professor Dr. Frenenius mit einem Überblick über „die kirchenpolitische Lage“ eröffnet wurde, hatte nach einem Vortrag von Pfarrer Philippson über den „Stand der Kirchenverfassungsfrage“ eine lebhafteste Ausprache ein. Es wurde sehr bedauert, daß das Ergebnis der künftigen Kommissionsberatungen einseitig den Wünschen der Kreise Rechnung trug, die sich als maßgebend in kirchlichen Dingen bisher angesehen gewohnt waren. Einmütig wurde der Freiheitsgedanke als die beherrschende Grundbedingung einer wirklichen, weittragenden und dauerhaften Volkskirche, die allen evangelischen Christenständen gleiches Heimatrecht gibt, von den Rednern gefordert, und der bringende Wunsch geäußert, daß die Öffentlichkeit mehr als bisher über die wichtigen Verfassungsvorgänge aufgestellt werde. Als nächste Maßnahme wurde eine öffentliche Volksversammlung ins Auge gefaßt. Um die Öffentlichkeit zu ihrem Recht kommen zu lassen, haben die Abgeordneten der kirchlichen Kreise, zu denen Männer und Frauen aus allen politischen Lagern, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, zählen, den Antrag eingebracht, daß baldmöglichst das Ergebnis der ersten Sitzung dem Plenum des Kirchentages vorgelegt werde.

Die evangelische Kirchenverfassung. Die verfassungsgibende Kirchenversammlung in Berlin hat mit 126 gegen 79 Stimmen auch die von der Auslandsmehrheit beantragte Fassung des Vorwurfs (Präambel) der Kirchenverfassung abgelehnt. Da auch sämtliche vorläufigen Fassungen des Bekenntnisvorwurfs gefallen sind, bleibt die Entscheidung der dritten Lesung vorbehalten.

— Der Allgemeine evangelisch-protestantische Missionsverein, Hauptverein Nassau-Land, hält am kommenden Sonntag und Montag, den 10. und 11. September, in Eltville a. Rh. sein diesjähriges Jahresfest. Am Sonntag finden in Erbach um 9½ Uhr und in Niederwalluf um 10½ Uhr Teilsportdienste statt, gehalten von Walter Dr. Ott (Ersbach) und Missionsdirektor D. Witte (Berlin). Am 4½ Uhr ist in Eltville Missionskindergottesdienst (D. Witte) und um 8 Uhr Familienabend in der Christusfestele in Eltville mit Vortrag von D. Witte: „Die Bedeutung der Missionsarbeit für den Aufbau einer neuen Menschheit“. Am Montag ist vormittags 10½ Uhr im Lutherhaus in Eltville eine Sitzung des Vorstandes des Hauptvereins und um 3 Uhr Missionskurstus in der Christusfestele (Missionsdirektor D. Witte): 1. Gemeinlames und Gegenständliches in den Religionen des fernsten Ostens und im Christentum, 2. Unsere neuen deutsch-evangelischen Aussichten und Aufgaben in China und Japan. Den Abschluß bildet um 6 Uhr die Jahresversammlung der Mitglieder des Missionsvereins.

Teilweise Erhöhung der Schnellzugzuschläge. Auf Grund einer Anregung des Reichsbahnabtreits werden die Schnellzugzuschläge für die 1. Wagenklasse in Zukunft höher bemessen werden als die für die 2. Klasse. Vom 1. Dezember 1922 ab betragen die Schnellzugzuschläge für die 1. Klasse in der Zone 1 75 M., in der Zone 2 150 M. und in der Zone 3 225 M.

— Auch das Goldsollkaufgeld steigt während der Abfertigung. Das Wechselkaufgeld steigt jetzt von Woche zu Woche. In vielen Fällen kann die vollständige Abfertigung erst nach Befestigung einer höheren Quote erfolgen, obgleich die Ware schon früher, da noch niedrige Sätze galten, eingeführt worden ist. Der Grund liegt in der Regel in den verkehrstechnischen Schwierigkeiten bei den Verkehrsanktionen und den Zollbehörden. Insbesondere ist es nicht möglich, der Vorabfertigung im Einmangelschafen schon innerhalb einer Woche die Schlussabfertigung folgen zu lassen. Dann sind die größeren Zollämter zu überlastet, als daß sie Bahnverbindungen in dieser Zeit vollständig vollständig behandeln könnten. Der Deutsche Industrie- und Handelsstag hat deshalb beim Reichsministerium der Finanzen beantragt, daß als Stichtag des Goldsollkaufgelds der Tag maßgebend sein soll, an dem die einführende Ware zur Eingangsabfertigung gestellt wurde.

— Ein Minutentarif. Nach Minuten rechnet zum erstenmal ein Übergangstarrif mit Richtpreisen, den die Preistariffkommission des Börslichen Schuhmacher-Innungsverbands erstellt hat. Die kleinen Reparaturen sollen mit 150 M. die Minute bei Extraberechnung des Materials in Rechnung gesetzt werden.

— 100 Prozent Nutzen beim Möbelabzugsgeſellſchaft. Preiswürdigkeiten in Abzugsgeſellſchaften für Möbel hat das Reichswirtſchaftsminiſterium vor einiger Zeit in Berlin Dortmund, Eſſen und Köln vornehmen laſſen. Durch die Prüfungen erſieht das Reichswirtſchaftsminiſterium es ſieht als erwieſen, daß Aufſchläge bis zu 100 Prozent vom Einkaufspreis im normalen Möbelabzugsgeſellſchaft angeblich als angemessen anſehen werden können. Der Abzugsgeſellſchaften hat ſich ſelbſt zu prüfen. Es beſteht jedoch der Eindruck, daß die vom Verband der Kreditgeber Deutschlands ſollenden Zuläſſe als Höchſtſätze gegenwärtig nicht unangemessen ſind. In den letzten 2½ Jahren bräut inſonderheit die Oberſtenſatzung eine erhebliche Inflation, die bei der Prüfung verſchärfte werden mußte.

— **Einheitskennographie.** Zu dem der Reichsregierung vorgelegten Entwurf einer deutschen Einheitskennographie hatten die am 27./28. August 1922 in Weimar versammelten Vertreter des Deutschen Stenographenbundes Gabelsberger Stellung zu nehmen. Trotzdem die Vertreter der Schule Stolsz-Schön in ihrer Zusammenkunft am 19./20. August 1922 in Eilenach den Entwurf ablehnten und neue Verhandlungen forberten, kamen die Vertreter des Deutschen Stenographenbundes Gabelsberger zu dem Beschluß, den Entwurf in Anbetracht des hohen waterständlichen Wertes einer deutschen Einheitskennographie mit geringfügigen Vorbehalten anzunehmen. — Es liegt zu hoffen, daß man allmählich zu der Einsicht kommt, daß es in Anbetracht der großen Wichtigkeit einer Einheitskennographie für das ganze deutsche Volk und angesichts der langen ruhlosen Verhandlungen nicht ist, daß alle beteiligten Kreise Opfer bringen wie auch die Schule Gabelsberger aus dieser Erwägung heraus Opfer ihrer innersten Überzeugung zu bringen gewillt ist.

— **Erprobungsleistung** zur **Preussischen Heerkasse**. Für die vom 8. bis 14. Oktober stattfindende **Prüfung** der **Heerkasse** wird die **Reichsbahn** für die **bestmögliche Beförderung** der **Militären** in der **Zeit** vom 2. bis 7. Oktober täglich **besondere Wagen** von **Berlin, Leipzig** und **Köln** nach **Preussa** u. **U.** versetzen. In **diesen Wagen** können **Militären** als **besondere** **Einheit** und **als** **Erprobung** **angewiesen** werden.

— **Freiwillige Erbauung.** Diesen Sonntag, den 10. September, vormittags 10 Uhr, spricht Herr Prediger Tscheltz im Stadtkirchenratens-Sprechsaal des Rathhauses über den Hauptgedanken des Philosophen Feuerbach, dessen 50-jähriges Gedenken liegt an seinem Todestage (11. September) in Deutschland gefeiert wird, nämlich über das Thema: „Der Mensch lebt nicht nach seinem Verstand“.

— **Auszeichnung.** Der Guldbjörnsorden in Spall bei Nürnberg, Reichgräfin Julie v. Zedl, die in blauen Sammetkleid gepfeilt hat und bereits mit der roten Kreuz-Medaille und dem Württembergischen Verdienstkreuz ausgezeichnet ist, wurde nun noch die österreichische Silberne Ehrenmedaille zum roten Kreuz mit der Kriegsfarbenation verliehen.

Sende ab Berlin
nach hier, zwischen dem
15. u. 20. September eine
Dabung Mabel, mogu
noch einige Zimmer ujm.
beigefügt werden können.
B. Otkermann,
Klarenthaler Straße 4.

